



Evangelische Verantwortung

Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre Verständigung oder Verrat?

D. Horst Hirschler

Der Lutherische Weltbund und der Päpstliche Rat für die Einheit der Christen haben zu Beginn des vergangenen Jahres den Vorschlag für eine Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre vorgelegt, die von den einen als entscheidender Durchbruch nach jahrhundertlangem gegenseitigen Nichtverstehen empfunden wird und von anderen als Verrat an der lutherischen Rechtfertigungslehre. Worum geht es?

Es ist ein Segen, daß die beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland sich in den letzten Jahrzehnten immer stärker zusammengefunden haben. Ich habe noch die Zeit erlebt, in der man in gemischt konfessionellen Gebieten als Evangelischer nicht beim katholischen Schlachter einkaufte und ein Katholik sich keine evangelischen Brötchen gönnte. Inzwischen wirken wir vielfältig auf allen Ebenen bis hin zur Gemeinde zusammen. Das ist auch nötig, nicht nur wegen der vielen Menschen, die in konfessionsverbundenen Ehen leben und wegen des Miteinanders in Schule, Arbeit und Nachbarschaft, sondern um der gemeinsamen christlichen Botschaft willen, die wir den vielen Menschen, die heute mit dem Glauben wenig anzufangen wissen, schuldig sind. Deshalb müssen wir unbedingt daran arbeiten, daß wir zu größerer Gemeinsamkeit kommen.

Der Riß zwischen den Kirchen hat in der Reformationszeit seinen Ausgang genommen an dem Streit um die Rechtfertigungsbotschaft. Deshalb ist dies das Grundlagenthema, an dem wir uns wieder „zusammenraufen“ müssen. Wenn wir das schaffen, dann ist das eine wichtige Grundlage für die weiteren Gespräche zur offiziellen Anerkennung der gegenseitigen Einladung zum Abendmahl, zum Kirchenverständnis und zum Verständnis des geistlichen Amtes.

Bei der Rechtfertigungsbotschaft und der sie klärenden Rechtfertigungslehre geht es um die Grundfrage unseres Menschseins: **Wodurch entspricht der Mensch seiner Bestimmung?** Die schlichte Antwort heißt zu allen Zeiten: Aus meinen Taten bekommt mein Leben seine Erfüllung. Ich bekomme meinen Wert und meine Würde durch das, was ich tue, und zeige meinen Unwert, wenn ich vor den Anforderungen versage.

Das Problem bei solcher alltäglichen Begründung des Daseins liegt darin, daß meine Taten nur manchmal als Legitimationsnachweis meiner Existenz taugen. Denn was ist, wenn ich versage, krank werde, wenn ich mich selbst oder ein böses Geschick mich aus der Bahn wirft? Taten sind überfordert, wenn sie unser Sein begründen wollen.

Selbstbegründung aus den Werken?

Luther fand in der kirchlichen Lehre und Praxis seiner Zeit massiv solche Selbstbegründung aus den Werken vor. Auch wenn von nachdenklichen Theologen seiner Zeit gesagt wurde, daß auch das Tun der guten Werke nur möglich ist durch die Gnade, die mir Gott gibt, so ist doch die alltägliche Erfahrung lebensbestimmender, daß ich selbst durch mein Tun und Lassen es bin und es sein muß, der sich seine **Würde vor Gott verdient**.

Die Botschaft von der **Rechtfertigung allein aus Gnaden**, die allein im Glauben angenommen wird, ist nun die große **Alternative**. Das Kreuz ist das göttliche Zeichen, daß Gott auch bei dem ist, der nur noch schreien kann: Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen? Die christliche Gemeinde nach Ostern hat begriffen, daß wir mit unseren schuldigen und leeren Händen aufgrund des Kreuzes Christi die Gewißheit haben können, wir sind angenommen. Ich selbst und mein Nächster, wir haben jenseits all unseres Tuns vor allem anderen eine uns von Gott zugesprochene und zugeeignete Würde.

Themen:

Ost-West-Verständnis	4
Eurofighter	8
50 Jahre ACK	11

Weil es um diese entscheidende Grundfrage des Menschseins geht, deshalb ist der Artikel von der Rechtfertigung des Sünders allein aus Gnade, die allein im Glauben angenommen wird, nach einer Formulierung Luthers „Meister und Fürst, Herr, Lenker und Richter, für alle Arten der Lehre, er bewahrt und regiert alle kirchliche Lehre und richtet unser Gewissen vor Gott auf.“

Das ist ein christlicher Grundsatz, der so in der römisch-katholischen Kirche, wie sie sich nach der Reformation durch das Tridentinische Konzil gegen die reformatorischen Seite der Kirche neu definierte, keine Tradition hat.

Zwar kann das **Tridentinische Konzil** in seinem Kanon 1 über die Rechtfertigung sagen: „Wer sagt, der Mensch könne durch seine Werke, die durch die Kräfte der menschlichen Natur oder vermittels der Lehre des Gesetzes getan werden, ohne die göttliche Gnade durch Christus Jesus vor Gott gerechtfertigt werden, der sei mit dem Anathema belegt“ (d.h.: der sei verdammt). Das ist wichtig zu beachten.

Aber es wird auch gesagt, daß der Mensch durch sein gutes Werk, das zwar durch Gottes Gnade ermöglicht ist, aber doch von ihm mit freiem Willen getan werden muß, zu seiner Erlösung und zu einer Vermehrung der Gnade beiträgt. Es wird im Kanon 9 auch formuliert: „Wer sagt, der Gottlose wäre allein aus dem Glauben gerechtfertigt, so daß er (darunter) versteht, es wäre nichts anderes erfordert, wodurch er zur Erlangung der Rechtfertigungsgnade mitwirkt, und es sei keineswegs notwendig, daß er sich durch seine eigene Willensregung vorbereite und zurüste: Der sei mit dem Anathema belegt.“

Im Kanon 12 heißt es: „Wer sagt, der rechtfertigende Glaube sei nichts anderes als das Vertrauen in die göttliche Barmherzigkeit, die um Christi willen die Sünden vergibt, oder es sei allein dieses Vertrauen, daß wir gerechtfertigt werden: Der sei mit dem Anathema belegt.“

Solche Sätze richten sich gegen die reformatorischen Teile der Kirche, die sich an Luthers Übersetzung von Römer 3,28 orientieren: „So halten wir nun dafür,



Wodurch entspricht der Mensch seiner Bestimmung?

daß der Mensch gerecht werde ohne des Gesetzes Werke, allein durch den Glauben.“ Im Artikel 12 der **Confessio Augustana** heißt es: „Auch werden die verworfen, die so nicht lehren, daß man durch Glauben Vergebung der Sünde erlange, sondern durch unser Genugtu.“ Die Gegensätze sind deutlich.

1980 war der Papst in Deutschland. Aus seinem Gespräch mit dem damaligen Ratsvorsitzenden Eduard Lohse entstand eine **ökumenische Kommission**, die 1986 das Dokument „Lehrverurteilungen - kirchentrennend?“ vorgelegt hat. Darin wird, wie heute weitgehend anerkannt wird, in sorgfältiger theologischer Arbeit festgestellt, daß die gegenseitigen Lehrverurteilungen sich unter bestimmten Interpretationsvoraussetzungen nicht mehr treffen. Dieses Dokument ist von allen evangelischen Kirchen in Deutschland angenommen worden.

Der Päpstliche Rat für die Einheit der Christen hat ein zunächst inoffizielles, durch den Papstbesuch 1996 in einen offizielleren Rang erhobenes Dokument vorgelegt. Eine wirkliche Antwort des Vatikans ist noch nicht erfolgt.

Nun hat die **Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre** diese Arbeit gleichsam überlagert. Sie hat viel aus diesem Dokument aufgenommen, einiges jedoch nicht so qualitativ formuliert. Sie hat freilich den großen Vorteil, daß sie sehr viel kürzer und lesbarer ist. Insgesamt ist die Gemeinsame Erklärung

ein eindrucksvolles Dokument, das sich lohnt zu lesen (der Text liegt u.a. vor in den Lutherischen Monatsheften Nr. 10/1997).

Kritikpunkte

Die deutschen lutherischen Kirchen in Abstimmung mit den anderen evangelischen Kirchen in Deutschland wie auch andere lutherische Kirchen in der Welt, besonders die Finnen, haben bis zuletzt an den **Formulierungen zwischen dem Lutherischen Weltbund und dem Vatikan** mitgewirkt. Vieles ist aufgenommen worden, manches Wichtige nicht. In der Schlußrunde im Januar 1997 sind einige Artikel der Gemeinsamen Erklärung noch einmal verändert worden. Das hat nun die Kritik besonders hervorgerufen.

Im Artikel 18 heißt es: „Darum ist die Lehre von der Rechtfertigung, die diese Botschaft aufnimmt und entfaltet, nicht nur ein Teilstück der christlichen Glaubenslehre, sie steht in einem wesenhaften Bezug zu allen Glaubenswahrheiten, die miteinander in einem inneren Zusammenhang zu sehen sind. Sie ist ein unverzichtbares Kriterium, das die gesamte Lehre und Praxis der Kirche unablässig auf Christus hin orientieren will.“ Soweit ist dieser Artikel durchaus zu akzeptieren und hat eine beachtliche Nähe zu dem o.g. Zitat Luthers. Dann aber heißt es: „Wenn Lutheraner die einzigartige Bedeutung dieses Kriteriums betonen, verneinen sie nicht den Zusammenhang und die Bedeutung aller Glaubenswahrheiten. Wenn Katholiken sich von mehreren Kriterien in Pflicht genommen sehen, verneinen sie nicht die besondere Funktion der Rechtfertigungsbotschaft. Lutheraner und Katholiken haben gemeinsam das Ziel, in allem Christus zu bekennen, dem allein über alles zu vertrauen ist als dem einen Mittler (1.Tim.2,5f.), durch den Gott im Heiligen Geist sich selbst gibt und seine erneuernden Gaben schenkt.“

Die „**mehreren Kriterien**“, durch die sich die Katholiken in Pflicht genommen sehen, sind der Grund für den Unmut. Es sieht so aus, als sei die Rechtfertigungslehre, die die Rechtfertigungsbotschaft klärt, ein Kriterium neben anderen, eines zwar mit einer besonderen Funktion, aber doch nur eines unter anderen. Solche kritische Anfrage ist be-

rechtigt, sie berücksichtigt freilich zu wenig den Kontext. In anderer Weise wird Kritik an den Artikeln 28 - 30 geübt. In der Tat ist die Sündenlehre zu wenig kompatibel gemacht. Daran muß weitergearbeitet werden.

Aber im Grunde geht es bei allen kritischen Äußerungen immer um die Frage: Wie ist das Verhältnis der durch die Heilstat Gottes in Christus geschenkten und im Glauben angenommenen Würde des Menschen zu seinen daraus folgenden guten Taten?

Nach **katholischem Verständnis** sind **Glaube, Liebe, Hoffnung eine Einheit**. Wer glaubt, daß Christus ihn erlöst hat, bei wem die Vergebung der Sünden wirksam ist, der zeigt das in seinen Taten. Deshalb sind Glaube und Werke in eins zu sehen. Und die Werke sind eher ein Teil des Rechtfertigungsgeschehens.

Auf Christi Verheißung vertrauen

Lutherisch gilt dagegen das „**simul justus et peccator**“, zugleich Gerechtfertigter und Sünder. Wir sollen zuerst auf Christus schauen, unser Heil nur dort suchen und es im Glauben annehmen. Was dann aufgrund der dadurch geschenkten Freiheit eines Christenmenschen daraus an Taten folgt, muß natürlich durch dieses Ereignis geprägt sein. Aber unsere Taten sind immer durchwachsen. Sie sind Kompromisse mit dem Übel, bestimmt durch Verhältnisse und Handlungszusammenhänge. Immer mischt sich unsere Angst um uns selbst hinein. Ich kann nicht einfach aus meiner Welt aussteigen. Im übrigen merke ich immer wieder, daß ich statt auf Gott zu vertrauen, auf andere Götter, Mächte und Gewalten mich verlasse. Deshalb sind die Taten eines Christenmenschen auch nicht als sichere Zeichen seines Gerechtfertigtseins brauchbar.

Dieser Unterschied zwischen beiden Auffassungen könnte deutlicher aufgearbeitet worden sein.

Einige evangelische Theologieprofessoren haben sich zur Gemeinsamen Erklärung sehr kritisch geäußert. Sie sagen, das „allein aus Glauben“ (sola fide) hätte deutlicher ausgesprochen werden müssen. Die Sündenlehre hätte kompatibel gemacht werden müssen. Die Rechtferti-

gungslehre als das eine Kriterium hätte klar herausgestellt werden müssen.

Dazu sage ich: Das wäre sicher nützlich gewesen. Aber vieles davon steht ja in der Gemeinsamen Erklärung drin. Für mich ist zum Beispiel der Artikel 36 ein gutes Beispiel: „Katholiken können das Anliegen der Reformatoren teilen, den Glauben auf die objektive Wirklichkeit der Verheißung Christi zu gründen, von der eigenen Erfahrung abzusehen und allein auf Christi Verheißungswort zu vertrauen.“

Das ist ein guter Satz. Außerdem muß man sehen, daß die folgenden Sätze so bisher nicht gemeinsam gesagt werden konnten:

„... Gemeinsam bekennen wir: Allein aus Gnade im Glauben an die Heilstat Christi, nicht aufgrund unseres Verdienstes werden wir von Gott angenommen und empfangen den Heiligen Geist, der unsere Herzen erneuert und uns befähigt und aufruft zu guten Werken. (15)

... Allein durch Christus werden wir gerechtfertigt, indem wir im Glauben dieses Heil empfangen. ... (16)

... Gemeinsam sind wir der Überzeugung, daß die Botschaft von der Rechtfertigung uns in besonderer Weise auf die Mitte des neutestamentlichen Zeugnisses von Gottes Heilshandeln in Christus verweist: Sie sagt uns, daß wir Sünder unser neues Leben allein der vergebenden und neuschaffenden Barmherzigkeit Gottes verdanken, die wir uns nur schenken lassen und im Glauben empfangen, aber nie - in welcher Form auch immer - verdienen können. (17)

Darum ist die Lehre von der Rechtfertigung, die diese Botschaft aufnimmt und entfaltet, nicht nur ein Teilstück der christlichen Glaubenslehre (18)“

Solche Sätze finde ich außerordentlich hilfreich und ermutigend.

Beschlußempfehlung

Deshalb sage ich: Kritik ist nötig, weil sie zeigt, an welchen Stellen Weiterarbeit sinnvoll ist. Das Gute an der Gemeinsamen Erklärung ist jedoch, daß sie solch eine Weiterarbeit an den Themen positiv herausfordert. Deshalb haben die Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche und die Generalsyn-

ode der VELKD eine Beschlußempfehlung an ihre Mitgliedskirchen gegeben, die auch von einigen der kritisierenden Theologieprofessoren - mit Bedenken - für hinnehmbar gehalten wird. Entscheiden müssen die einzelnen lutherischen Mitgliedskirchen des Lutherischen Weltbundes.

Bei uns in Deutschland erfolgt eine Abstimmung mit den anderen evangelischen Kirchen. Die Empfehlung heißt:

„ 1) Aufgrund der in der ‘Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre’ dargelegten Übereinstimmungen in der Rechtfertigungslehre stellen wir fest: Die in den Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche enthaltenen Verurteilungen der Rechtfertigungslehre der römisch-katholischen Kirche treffen deren Lehre, wie sie in der ‘Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre’ dargestellt ist, nicht.

Diese Feststellung gilt vor dem Hintergrund der Klarstellungen, die in den beiliegenden ‘Erläuterungen zum Beschluß’ enthalten sind.

2) Die Gemeinsame Erklärung ist eine gute Grundlage für die ökumenische Weiterarbeit und ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer vertieften Kirchengemeinschaft.“

Ich hoffe, daß die Kirchen in dieser oder ähnlicher Weise der Gemeinsamen Erklärung zustimmen, so daß wir in diesem Jahr 1998 im Juni bei der Sitzung des Rates des Lutherischen Weltbundes in Genf den magnus consensus haben und der Gemeinsamen Erklärung zustimmen können. Es gibt begründete Aussichten, daß der Vatikan das dann seinerseits auch tut, so daß wir in diesem Spätherbst zwischen dem Lutherischen Weltbund und dem Vatikan die Gemeinsame Erklärung unterzeichnen könnten. Das wäre in der Tat ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer vertieften Kirchengemeinschaft und - trotz mancher Bauchschmerzen, die dieser oder jener dabei haben wird,- ein Grund zu großer Freude und Dankbarkeit. ■

Anm.:

D. Horst Hirschler ist Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers.

Demokratie braucht den Mut zur Klarheit in den Grundfragen

Christine Lieberknecht

Die Zukunft der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist seit einigen Jahren zu einem viel erörterten Thema geworden. Nicht ganz ohne Grund. Es ist zwar maßlos übertrieben, Weimarer Verhältnisse an die Wand zu malen, aber die Distanz zwischen Politik und Bürgern ist gewachsen. Die Wahlbeteiligung oder das Urteil über Parteien und Politiker lassen zu wünschen übrig. Die Ergebnisse, die am Ende politischer Entscheidungsprozeduren stehen, bleiben hinter den Erwartungen vieler Bürger zurück. Der Bundespräsident hat dem Unbehagen darüber wiederholt beredt Ausdruck verliehen.

Das Demokratieverständnis in den neuen Ländern ist ein Teilaspekt des Themas. Die Staats- und Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland hat zwischen Rügen und dem Erzgebirge eine besondere Herausforderung zu bestehen und hat noch nicht so tiefe Wurzeln geschlagen wie in den alten Ländern.

Dazu ist bereits viel geschrieben worden. Das Kernproblem illustrieren Daten aus einer Studie von Hans-Joachim Veen und Carsten Zelle. Auf die Frage, welche Werte halten Sie für „sehr wichtig“ lautet die Reihe im Westen:

1. Freiheit
2. Freie Meinungsäußerung
3. Rechtsstaat und Demokratie
4. Gleichberechtigung der Frau
5. Sozialstaat
6. Soziale Gerechtigkeit, Verringerung von Einkommensunterschieden.

Im Osten sieht die Reihen- und Rangfolge wie folgt aus:

1. Soziale Gerechtigkeit, Verringerung von Einkommensunterschieden
2. Gleichberechtigung der Frau
3. Sozialstaat
4. Freiheit
5. Rechtsstaat und Demokratie
6. Freie Meinungsäußerung.



Die Gleichheitswerte werden im Osten deutlich stärker betont als im Westen

Die Gleichheitswerte werden im Osten deutlich stärker betont als im Westen. Alle diese Werte - das muß dazu gesagt werden - erzielen selbstverständlich hohe Zustimmung. Natürlich wollen die Menschen Freiheit und soziale Sicherheit. Im Osten würden sich im Zweifelsfall aber mehr Menschen für die Gleichheit als die Freiheit entscheiden. Für Ostdeutsche bedeutet Freiheit eher staatlich garantierte Freiheit von Not, für Westdeutsche ein Schutzrecht vor Übergriffen des Staats. Gleichheit genießt vor der Selbstentfaltung nach wie vor den Vorrang.

Balance zwischen Freiheit und Gleichheit

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung wird gewollt, aber sie ist noch nicht verinnerlicht und wird nicht geliebt. Der bekannte Historiker Friedrich Meinecke hat nach dem Ersten Weltkrieg einmal sinngemäß gesagt, er sei Vernunftrepublikaner, auch wenn er Herzensmonarchist bleibe. Bei der Gemütslage vieler meiner Landsleute kommt mir dieses Zitat gelegentlich in den Sinn.

Nicht wenige sind Vernunftrepublikaner, in mancherlei Hinsicht aber Herzenssozialisten geblieben. Für prinzipielle Zweifel gibt der Befund allerdings wenig her.

Wenn immer wieder Sympathien für sozialistische Ideen durchschimmern, so liegt deren „realpolitische Relevanz (...) nicht in der Frage nach der Systemalternative. Vielmehr zeigt sie sich in der Unterstützung für sozialpolitische Ziele. Gleichzeitig resultiert sie in einer höheren Empfindlichkeit der Ostdeutschen gegenüber verbalen Angriffen auf die sozialistischen Ideen“ (Veen/Zelle).

Auswirkungen der Erfurter Erklärung

Dem optimistischen Urteil kann man zustimmen, wenn Einigkeit darüber besteht, daß die für das demokratische Gemeinwesen entscheidende Balance zwischen Freiheit und Gleichheit nicht zu Lasten der Freiheit zerstört werden darf, die Menschen für mehr Selbstverantwortung gewonnen werden und politische Kräfte von der Macht ferngehalten werden müssen, die diesbezüglich Zweifel hervorrufen, wie etwa die PDS.

Leider herrscht in diesem Punkt keine Klarheit mehr. Im Januar des vergangenen Jahres haben Abgeordnete der PDS und der SPD, Gewerkschafter, westdeutsche Altlinke und einzelne Persönlichkeiten mit kirchlichem Hintergrund aus der Bürgerbewegung in der DDR die sogenannte „Erfurter Erklärung“ veröffentlicht. Darin wird der CDU das soziale Gewissen abgesprochen, Deutschland als ein krankes Land am Abgrund skizziert und eine Kur empfohlen: Das Land einer Koalition aus SPD, Grünen und PDS zu überlassen. Das ist nichts anderes als eine neue Kombination aus volkswirtschaftlichen Ladenhütern und Volksfront.

Man soll Verlautbarungen nicht überbewerten. Ich befürchte aber doch: Die Altkader in der DDR und weit links angesiedelte Stichwortgeber aus der alten Bundesrepublik erhalten einen Kristallisationspunkt. Das hat sich zuletzt sehr deutlich am 3. Oktober des vergangenen Jahres gezeigt. Ein Treffen der Unterstützerkomitees für die Erklärung hatte eine deutliche Schlagseite zugunsten der PDS und bot auch Veteranen der DKP ein Präsentationsfeld.

Der Politikwissenschaftler Patrick Moreau vertritt die These, daß die Erklärung von langer Hand durch die PDS eingefädelt worden ist. Sie sei „Bestandteil eines ausgearbeiteten strategischen Konzepts dieser Partei und wird kurz-, mittel- oder langfristig nur dieser Partei zugute kommen“.

Mit dieser Erklärung ist die Auseinandersetzung um die Zukunft Deutschlands in eine neue Phase getreten - und zugleich eine Grundmelodie des Wahlkampfes angeschlagen. Er wird als Auseinandersetzung um die richtige Wirtschafts- und Sozialpolitik geführt, aber auch als ein Ringen um Begriffe, Geschichtsbilder und Zukunftsentwürfe. Und dieser Kampf wird nicht zuletzt in den neuen Ländern geführt.

Es geht um die Frage, ob die Zukunft unter dem Vorzeichen von Freiheit oder Sozialismus steht. An dieser Gabelung werden sich in den vor uns liegenden Monaten noch viele Wege trennen. Auch innerhalb der SPD ist die Auseinandersetzung voll entbrannt, ob die Gemeinsamkeit der Demokraten oder die Macht ohne wenn und aber höher steht.

Leider mehren sich die Indizien, daß die PDS-gestützte Regierung in Magdeburg kein Einzelfall bleiben könnte. Auch der Thüringer SPD-Innenminister Dewes hat die Erfurter Erklärung inzwischen unterschrieben. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es bereits seit längerem Signale der Sozialdemokraten in Richtung PDS.

Und es geht weiter: Einer der Mitautoren der Erfurter Erklärung, der Weimarer SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Edelbert Richter, hat die PDS öffentlich ersucht, keinen Direktkandidaten in seinem Wahlkreis aufzustellen, um seine Wahlchancen zu erhöhen. Die Pointe: Für die CDU bewirbt sich Vera Lengsfeld in diesem Wahlkreis, die die Grünen wegen derartiger taktischer Winkelzüge verlassen hat.

Für mich stellt sich mit der Erklärung nicht nur eine Frage der persönlichen Moral, sondern auch der öffentlichen Glaubwürdigkeit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Es hat mich sehr berührt, unter den Unterzeichnern Theologen zu finden, die viel riskiert haben, um die DDR zu beseitigen und jetzt alle Skrupel gegenüber der PDS über Bord werfen.

Das ist besonders bedenklich, weil in der Bevölkerung die Basis für eine offensive Abgrenzungsstrategie nicht sehr breit ist. In den neuen Ländern glauben nach einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen zwar 68 % der Bürger, die PDS habe sich nicht erneuert. Trotzdem sind nur 50 % dagegen, daß eine Regierung unter Beteiligung der PDS gebildet wird (inter/esse 6/1997).

Aufgaben der Politik

In dieser Situation hilft uns nur Klarheit. Wir dürfen nicht versuchen uns dadurch liebkind zu machen, daß wir uns zum Sprachrohr maßloser Erwartungen und des Unmöglichen hergeben. Es hat gar keinen Zweck, daran vorbeizugehen: Der Staat kann das nicht leisten, was viele Ostdeutsche von ihm erwarten. Und das müssen wir auch sagen.

Politik besteht nicht darin, den Leuten nach dem Mund zu reden. Politik ist Überzeugungsarbeit. Diese Entrümpeln und Enttäuschen von Erwartungen müssen wir dadurch begleiten, daß wir Politik noch viel klarer, deutlicher und häufiger erläutern, daß Perspektiven herausgearbeitet und präsentiert werden. Ich habe keinen Zweifel: Das wird langfristig honoriert.

Die beste Politik ist eine, die den Menschen wieder wirtschaftlichen Boden unter den Füßen gibt, d.h. ein selbst erarbeitetes Einkommen verschafft. Arbeit und Erwerbseinkommen sind die wichtigsten Beiträge gegen Ungerechtigkeitsgefühle. Das für den ganzen Standort Deutschland als richtig Erkannte im Bereich der Steuer- und Sozialpolitik gilt genauso für die neuen Länder.

Daneben muß der Aufbau Ost weiter finanziell gefördert werden. Daran führt kein Weg vorbei. Das Vertrauen der Bürger in die Solidarität der ganzen Nation ist nicht erschüttert und darf auch nicht erschüttert werden. Es zählt zu den ganz großen Aktivposten. Auch wirtschaftlich wäre das eine Katastrophe. Der Zuwachs im Bereich des produzierenden Gewerbes zeigt, daß sich die Hilfe auszahlt.

Es gilt jene Kräfte zu fördern, die neben dem Staat öffentlich wirksam sind: Von Kirchen über Gewerkschaften, Verbände, wohltätige Organisationen und Vereine.

Sie tragen dazu bei, Menschen zu beheimaten. Aus diesen Elementen bilden sich **Netzwerke**, die dem einzelnen Halt, Hilfe und Selbstvertrauen geben können.

Dazu gehört auch die Stimulation der wirtschaftlichen Selbständigkeit. In den neuen Ländern sind im Saldo eine halbe Million Unternehmen neu entstanden. Das ist der Grundstock für einen neuen gewerblichen Mittelstand. Auf dessen gesellschaftliche Relevanz muß nicht eigens verwiesen werden. Diese Dinge geschehen nicht von heute auf morgen, aber wir sind auf dem besten Wege. Die Gesellschaft verändert sich und nach Jahren der Verunsicherung wächst bei vielen auch neues Selbstvertrauen.

Ein dichtes Netzwerk aus Initiativen, Vereinen, Hilfseinrichtungen, Selbsthilfeeinrichtungen in freier Trägerschaft brauchen wir auch, um Solidarität und Gemeinsinn zu fördern und erlebbar zu machen. Wenn über Kälte geklagt wird, dann doch auch, weil die Lebensrisiken praktisch vergesellschaftet und anonymen Instanzen übertragen worden sind.

Wenn ich eine Anfrage an die soziale und politische Kultur des Westens wirklich für gerechtfertigt halte, dann die nach der Ellenbogengesellschaft. Eigennutz ist ein legitimer Antrieb und die Individualisierung öffnet viele Freiräume, aber beides braucht einen Gegenhalt.

Überdies scheint mir erforderlich, die Informations- und Kommunikationsdefizite im Ost-West-Verhältnis entschiedener anzugehen. Vier Felder haben für mich Vorrang:

- Einmal die aktive Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR. Die Forschungsergebnisse müssen popularisiert werden, um der Mythenbildung vorzubeugen.
- Die Funktionsweise der Demokratie und ihre wichtigsten Voraussetzungen sind noch nicht genügend präsent. Auch das ist durch Umfragen eindrucksvoll belegt.
- Da der Sozialismus positiv besetzt ist, sind auch hier seine Voraussetzungen und Irrtümer stärker in den Blick zu nehmen. Es reicht nicht aus, auf sein politisches Versagen zu verweisen. Wir müssen uns mit ihm als Ideologie auseinandersetzen.

- Die gedanklichen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft verdienen ebenfalls mehr Aufmerksamkeit. Letztlich handelt es sich bereits um einen dritten Weg zwischen kollektivistischem Sozialismus und individualistischem Kapitalismus.

Das sind klassische Felder der politischen Bildung, die nicht alleine den Schulen überlassen bleiben können.

Land der Einheit in Vielfalt

Schließlich dürfen wir uns nicht selber dadurch unter Druck setzen, daß wir den Begriff der inneren Einheit überfrachten. Ich empfinde es nicht als besonders dramatisch, daß Ost und West in mancherlei Hinsicht verschieden sind. In viel mehr Feldern sind sie sich gleicher, als wir denken. Deutschland ist das Land der Einheit in Vielfalt. In der föderalen Ordnung ist dafür ein Rahmen vorhanden. Er ist in den neuen Ländern in erstaunlichem Maß angenommen. Thüringen und Sachsen etwa werden im Grad der regionalen Identifikation deutschlandweit nur von Bayern übertroffen.

Die „Ost-Identität“, so es die denn überhaupt gibt, wird allmählich von den landsmannschaftlichen und regionalen Besonderheiten überlagert. Und da gibt es zwischen Mecklenburgern und Thüringern sicherlich mehr Unterschiede, als zwischen Thüringern und Franken oder Hessen. Wir dürfen nicht vergessen: Der Ostdeutsche ist genauso ein Konstrukt wie der Westdeutsche.

Im Ergebnis wird es in Deutschland Landstriche geben, die eine Vergangenheit namens DDR gehabt haben und diese Vergangenheit unterschiedlich verarbeitet haben. Andere haben sie eben nicht. Günter Kunert hat zu Recht bemerkt: „Es will mir nicht einleuchten, warum so etwas wie ein Ausschalten von Gegensätzen und Widersprüchen wünschenswert sei, eine Harmonie, die ausschließlich durch Uniformität zu gewinnen wäre.“ ■

Anm.:

Christine Lieberknecht ist Ministerin für Bundesangelegenheiten des Freistaates Thüringen und stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises.

Anti-Personen-Minen zerstören weltweit Menschenleben – Lösungsvorschläge für das Landminenproblem

Dr. Friedbert Pflüger

Über Jahrzehnte hinweg hat sich das internationale Landminenproblem zu einer modernen Geißel der Menschheit entwickelt. Es ist nicht übertrieben, von einer großen humanitären Katastrophe zu sprechen. Lange Zeit ist der Weltöffentlichkeit verborgen geblieben, welche Folgen der unkontrollierte und hemmungslose Einsatz dieser schleichenden Massenvernichtungswaffe hat. Durchschnittlich werden jede Woche rund 150-200 Menschen weltweit von Minen getötet oder verstümmelt.

In mehr als 60 Ländern der Erde liegen ca. 110 Mio ungeräumte Minen. Dabei handelt es sich vor allem um die besonders heimtückischen und grausamen Anti-Personen-Minen (APM), denen nicht nur Soldaten, sondern auch sehr viele unbeteiligte Zivilisten, darunter Kinder, Frauen und Greise, zum Opfer fallen. Vor allem diese APM sind in vielen Auseinandersetzungen in der Dritten Welt zu einem bewußten Mittel des Terrors geworden.

Maßnahmen und Lösungsvorschläge

Ganze Gebiete sind „minenverseucht“ und können von der Bevölkerung nicht mehr genutzt werden. Damit sind Minen nicht nur eine Waffe des Krieges, vielmehr wirken sie auch nach dem Ende der Feindseligkeiten und behindern den Wiederaufbau und die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund ist es besonders erfreulich, daß in der letzten Zeit zahlreiche Erfolge im Kampf gegen die Landminenplage erzielt werden konnten, bei denen Deutschland einen wesentlichen Anteil hatte. Deutschland ist Vorreiter beim Kampf gegen die Anti-Personen-Minen.

Bonn hat 1993 ein Minendokumentationszentrum gegründet, in dessen Datenbank Informationen über Landminen, Sprengmittel und Zünder gespeichert sind und die den Vereinten Nationen zur Unterstützung bei der Minenräumung zur Verfügung gestellt werden. Damit wurde anerkanntermaßen eine große Hilfe für die Minenräumer bei ihrer gefährlichen Arbeit erbracht.

Als einer der ersten Staaten hat Deutschland bereits am 08.06.1994 einen zunächst auf 3 Jahre befristeten Exportstopp für Anti-Personen-Minen beschlossen, der am 11.01.1996 unbefristet verlängert wurde.

Die CDU/CSU-Fraktion hat als erste Fraktion im Bundestag das Landminenproblem thematisiert und durch einen umfassenden Antrag Lösungsvorschläge für die humanitäre Katastrophe, die insbesondere durch APM bewirkt wird, erarbeitet. Dieser Antrag, der letztlich in einer interfraktionellen Fassung gemeinsam mit der FDP und SPD am 29. Juni 1995 im Bundestag angenommen wurde, forderte erstmalig, vollständig auf APM zu verzichten und für einen internationalen Bann dieser Waffen einzutreten.

Deutschland ist Mitinitiator der Nichtverbreitungs-Aktion der EU über APM, die seit dem 12.05.1995 in Kraft ist und die einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung des Landminenproblems leistete. Allerdings ist das EU-Exportmoratorium nicht so umfassend wie das von Deutschland unilateral erlassene, so daß Deutschland auch hier zu den Vorreitern zählte.

Deutschland hat bei der Überprüfungs-konferenz zum **Minenprotokoll der Vereinten Nationen**, das den Einsatz von Minen regelt, in Wien und Genf 1995/96 weitgehende Beschränkungen

und Verbote gefordert und hatte Teil an den Verschärfungen des Protokolls, die uns – auch wenn sie einen klaren Fortschritt darstellen – aber dennoch nicht weit genug gehen.

Nachdem die Verhandlungen zum Minenprotokoll nicht die Fortschritte erbracht hatten, die wir angestrebt haben, setzten wir uns von Anfang für den sogenannten Ottawa-Prozeß ein, der die internationale Ächtung der APM zum Ziel hat. Das **'7-Punkte-Aktionsprogramm'** zu APM vom Juli 1996 des Bundesaußenministers Klaus Kinkel ist ein deutliches Zeichen für das deutsche Engagement. Der Ansatz der CDU/CSU-Fraktion und der Bundesregierung, alle möglichen Verhandlungsforen zu nutzen und sich nicht allein auf das VN-Minenprotokoll zu stützen, um zu einer internationalen Ächtung der APM zu kommen, war letztlich erfolgreich.

Abkommen von Ottawa

Anfang Dezember verpflichteten sich über 120 Staaten, vollständig auf die Produktion und den Einsatz von APM zu verzichten. Auch wenn einige wichtige Staaten dem Vertrag fernblieben, bedeutet das Abkommen von Ottawa doch einen Meilenstein im Kampf gegen die Landminenplage.

Durch den **Verzicht von Bundesverteidigungsminister Rühle auf APM** bei der Bundeswehr am 16.04.1996 - als einer der ersten Staaten weltweit - ist die Vorreiterrolle Deutschlands beim Kampf gegen APM international anerkannt. Ohne internationale Vorbedingungen verschwanden diese Waffen aus den Arsenalen und Planungen des deutschen Militärs, womit ein deutliches Signal an all die Staaten gegeben wurden, die sich gegen das Verbot von APM ausgesprochen haben.

Die **Bundeswehrbestände an APM** (1,7 Mio. APM aus eigenen Beständen und 1,3 Mio. APM aus Beständen der früheren NVA) werden bis Ende 1997 vollständig **vernichtet** sein.

Die Ausgaben der Bundeswehr für Anti-Panzer-Minen sind im Zeitraum von 1994 bis 1998 um über 90% gesunken. Hier müssen aber auch die Grenzen des



Deutschland ist Vorreiter beim Kampf gegen die Anti-Terror-Minen

Möglichen benannt werden: Anti-Panzer-Minen kann man nicht einfach bannen. Noch kein Staat der Welt hat auf diese Waffe verzichtet, denn sie ist ein wichtiges Verteidigungsmittel gegen die klassische Offensivwaffe Panzer - und es ist legitim, sich dagegen zu verteidigen und schützen zu können. Dennoch ist die Abschaffung der Anti-Panzer-Waffe unter langfristigen Perspektiven nicht aus den Augen zu verlieren, wenn geeignete Alternativen zur Verfügung stehen.

Räumung von Minen

Das Verteidigungsministerium gibt im nächsten Jahr 63 Mio. DM für Minenräummittel - u.a. den Keiler - und für die Erforschung von Minensuch- und Minenräumtechniken aus. Durch den Keiler wurde z.B. bereits 60 KM Straße in Bosnien von Minen gesäubert und damit der Bevölkerung wieder zugänglich gemacht.

Ungeachtet dieses Betrages gibt die Bundesregierung im Zeitraum von 1993 bis 1998 insgesamt **174 Mio. DM** für die **humanitäre Minenräumung**. Dies ist eine beträchtliche Summe für die Räumung von Minen, die in der Regel nicht aus deutscher Produktion stammen. Es gibt zwar noch Staaten, die unter den Minen leiden, die deutsche Truppen im Zweiten Weltkrieg

verlegt haben, aber die Bundesrepublik als Sündenbock beim Export von Landminen hinstellen zu wollen, entbehrt jeder Grundlage.

Einsatz der Nicht-Staatlichen Organisationen

Die großen Erfolge gegen diese humanitäre Katastrophe, vor allem das Abkommen von Ottawa, wären nicht möglich gewesen ohne den großen Einsatz der Nicht-Staatlichen Organisationen, die das Thema Landminen mit großem Engagement auf die internationale Agenda gebracht haben.

Die Verleihung des **Friedensnobelpreises** an die **Internationale Kampagne zum Verbot von Landminen** und ihre Sprecherin Jody Williams ist eine verdiente Auszeichnung. Sie ist zugleich auch eine Würdigung der Arbeit der Stiftung St. Barbara oder Rupert Neudecks und des Notärztekomitees Cap Anamur, die Minen räumen und Mineopfern helfen. Zugleich muß auch der Bundesdeutschen Initiativkreis für das Verbot von Landminen genannt werden, in dem zahlreiche humanitäre Organisationen - von Brot für die Welt über die Kindernothilfe und MISEREOR bis zu UNICEF Deutschland - vertreten sind.

Diese Organisationen erkennen mittlerweile auch den bedeutenden Einsatz Deutschlands bei der Ächtung von APM an.

UNICEF Deutschland: Es „ist besonders die konstruktive Rolle der Bundesregierung hervorzuheben. Denn mit dem Verzicht der Bundeswehr auf Anti-Personen-Minen im Jahr 1996 wurde ein wichtiges politisches Signal gesetzt. Deutschland hat auch die schwierigen Verhandlungen für das 'Ottawa-Abkommen' mit vorangetrieben und damit große internationale Anerkennung erworben“ (30. Okt. 1997). ■

Anm.:

Dr. Friedbert Pflüger, MdB, ist abrüstungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Eurofighter 2000 – Pro und Contra

Mehrere Landeskirchen haben sich gegen die Anschaffung des Jagdflugzeuges Eurofighter 2000 ausgesprochen. Die Kirchenleitung der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche hat in dieser Sache ein Schreiben an die Bundestagsabgeordneten in Hamburg und Schleswig-Holstein gerichtet. Aus dem EAK in Bayern erreichte uns dazu eine kritische Stellungnahme. Wir geben die beiden Positionen – auszugsweise – wieder.

„Unsere Kirche hat im Konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in den vergangenen Jahren verschiedentlich Stellung bezogen zu politischen Entwicklungen, immer wieder auch zu Fragen von Frieden und Abrüstung. Es ist Konsens ökumenischer Friedensethik, daß die internationalen Beziehungen entmilitarisiert werden müssen und gewaltfreie Formen der Konfliktbewältigung zu fördern sind; dazu gehören eine nachdrücklich vorangetriebene Abrüstung sowie die Beschränkung von Rüstungsproduktion und -export.

... Der Verzicht auf die Beschaffung des Eurofighters ist wegen der geänderten sicherheitspolitischen Lage auf absehbare Zeit vertretbar. Die Pläne für den Jäger 90, jetzt Eurofighter 2000, sind in der Zeit des Kalten Krieges entstanden. Seitdem haben sich die sicherheitspolitischen Voraussetzungen entscheidend geändert. Die Studie des Internationalen Konversionszentrums sieht nach dem Ende des Ost-Westkonflikts einen stark verminderten Bedarf für Jagdflugzeuge mit geringer Reichweite wie dem Eurofighter (1000 km). Auch Politiker der Regierungsparteien hatten deshalb schon für einen Stopp der Eurofighterentwicklung plädiert. Es sind seitdem keine neuen militärstrategischen Begründungen erkenntlich.

Die 2. Europäische Ökumenische Versammlung der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und der Konferenz Katholischer Europäischer Bischofskonferenzen

(CCEE) hat im Juni dieses Jahres noch einmal ihren Standpunkt bestätigt. „Wir bekräftigen mit Nachdruck die Bedeutung gewaltfreier politischer Mittel. Sie sind der angemessene Weg, Veränderungen in Europa zu erreichen. In unseren Ländern oder auf unserem Kontinent gibt es keine Situation, die den Einsatz von Gewalt verlangen oder rechtfertigen würde.“ ■

Oberkirchenrat Bernd Gillert, Kiel

„Am 28. November des letzten Jahres hat der Bundestag beschlossen, in einem Zeitraum von 14 Jahren 180 neue Kampfflugzeuge vom Typ Eurofighter zu beschaffen. 140 von ihnen sollen die völlig überalterten F-4F-Abfangjäger, genannt „Phantom“, ersetzen.

Der Eurofighter wird das bislang teuerste Rüstungsprojekt der Bundeswehr sein, mit Kosten von rund 23 Milliarden DM nach jetziger Berechnung. In den kommenden Jahren müssen zwischen 1,2 und 1,6 Milliarden jährlich aufgebracht werden. Die Kritik an dem neuen Projekt reicht von den Grünen bis zur SED-Nachfolgepartei PDS. Eine Reihe radikalpazifistischer Basisgruppen, die aus der Katastrophe auf dem Balkan nichts gelernt haben, z.B. Pax Christi, haben eine Ablehnungskampagne entfacht. Der Eurofighter sei zu teuer und „angesichts des fortgesetzten sozialen Kahlschlags der Bundesregierung“ und der hohen Bundesschulden nicht zu verantworten, so die PDS. Es sei auch „weit und breit kein militärischer Gegner Deutschlands auszumachen“.

Was ist von der Kritik zu halten? Das Kostenargument ist nicht neu. Schon der Tornado-Kampfbomber, der seinerzeit 70 Millionen DM pro Stück erforderte, wurde als unvertretbar teuer hingestellt, zu Unrecht. Ohne ihn könnten die Europäer heute ihre friedenssichernden Einsätze auf dem Balkan nicht bewältigen. Der Tornado hat längst bewiesen, das er sein Geld wert ist.

Es stimmt nicht, daß die Bundesregierung den Eurofighter mit Geldern aus dem Sozialetat finanzieren muß, wie die Kritiker suggerieren. Den Normalbürgern bleibt immer noch genug Geld in der Tasche, so daß sie – wie 1997 – Tag für Tag 110 Millionen Mark für Tabakwaren ausgeben, fast soviel, wie ein Eurofighter kosten wird. Niemand behauptet, daß Deutschland gegenwärtig militärische Gegner hat, aber es hat Verbündete, die jetzt im Fall einer internationalen Krise auf unsere Mithilfe rechnen.

Es ist schade, daß die ostdeutschen Landessynoden der Evangelischen Kirche der Oberlausitz und der Kirchenprovinz Sachsen die unberechtigte Kritik am Eurofighter nachsprechen und auch die Kirchenleitung der Nordelbischen Evang.-Luth. Kirche in einem Brief an Bundestagsabgeordnete ins gleiche Horn stieß.

Die provinzsächsische und nordelbische Stellungnahme argumentieren überdies, daß in der Gegenwart statt neuen Kampfflugzeugen Strategien zur friedlichen Konfliktlösung der Vorzug zu geben sei. Eine falsche Alternative! In Bosnien muß auf unabsehbare Zeit auch die zivile Aufbauarbeit vieler christlicher Gruppen im Schutz schwerbewaffneter NATO-Verbände geschehen, um den brüchigen Frieden zu schützen, wofür die Helfer sehr dankbar sind. Die Synodalen haben auch übersehen, daß der friedenssichernde UNO/NATO-Einsatz im früheren Jugoslawien von Anfang an einer starken Luftjagdkomponente bedurfte, um gegnerische Kampfmaschinen am Boden zu halten, oder, in einigen Fällen, nach Terrorangriffen abzuschießen.

... Sicherheit fordert einen hohen Preis, den die Bürger zu zahlen bereit sind, wenn es um Vorsorge fürs Alter oder den Schutz von Haus und Wohnung geht. Frieden in einem freien und sicheren Europa ist auch ein hohes Gut. Die evangelischen Kirchen in Ost und West müssen den Eurofighter nicht mögen, aber sie sollten längst wissen, daß äußere Sicherheit zum Nulltarif nicht zu haben ist. Auch Kampfflugzeuge, nicht nur Autos, müssen immer wieder durch neue ersetzt werden, so lange jedenfalls, wie die Welt so friedlos ist wie gegenwärtig.“ ■

Oberstudienrat Gerhard Arnold,
Würzburg

Auf dem Weg zum 93. Deutschen Katholikentag Mainz 1998

Dr. Friedrich Kronenberg

Wenn am 10. Juni dieses Jahres der 93. Deutsche Katholikentag vom Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken unter dem Leitwort „Gebt Zeugnis von eurer Hoffnung“ eröffnet wird, dann geschieht dies nicht zufällig in Mainz, denn dort hat vor 150 Jahren der erste Katholikentag stattgefunden. Und wieder 100 Jahre später begann 1948 ebenfalls in Mainz die Geschichte der Nachkriegskatholikentage. Beide Katholikentage bieten hinreichend Anlaß, Rückblick zu halten.

1848 sind für den deutschen Katholizismus entscheidende Weichenstellungen erfolgt:

Mit diesem Jahr ist die Entwicklung zu einem sozialen und politischen Katholizismus verbunden, der sich in wachsendem Maße der Demokratie zuwandte. Hier nahm die Selbstorganisation der Katholiken in Staat und Gesellschaft ihren Ausgang, die zunehmend auch kirchliche Qualität gewann und den später im II. Vatikanischen Konzil entfalten Gedanken vom Volk Gottes und das damit verbundene innerkirchliche Koalitionsrecht teils vorbereitete, teils vorwegnahm.

Nicht zuletzt liegen hier die Wurzeln für die Entwicklung eines modernen katholischen Staat-Kirche-Verhältnisses zwischen nationalstaatlicher Loyalität und neu entstehenden Formen staatlich-kirchlicher Zusammenarbeit einerseits und den Verpflichtungen gegenüber weltkirchlichen und weltpolitischen Ansprüchen andererseits.

Vieles, was uns heute in der Kirche unseres Landes und bei ihrer Rolle im öffentlichen Leben selbstverständlich erscheint, ist in diesen überaus fruchtbaren Jahren um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts auf den Weg

gebracht worden und mit der Geschichte der Katholikentage verbunden.

Wir halten aber auch Rückblick auf das Jahr 1948. In einer Zeit großer innerer und äußerer Not setzte dieser Mainzer Katholikentag ein Zeichen der Hoffnung, nicht in rückwärts gewandter Nostalgie, sondern in vorausschauendem, gut katholischem Realismus. Deutschland ist Missionsland! Diese These von Pater Ivo Zeiger ist für viele von uns zu einem festen Bestandteil der Botschaft dieses Mainzer Katholikentages geworden und zu einem unverzichtbaren Kriterium der Neubesinnung auf den Auftrag der Kirche in der Nachkriegsgesellschaft. Einerseits schickte sich diese Gesellschaft an, sich selbst in Pluralität und Offenheit in grenzenloser Beliebigkeit zu überbieten, andererseits eröffnete sie ganz neue Chancen für das Zeugnis von Christen.

Dem gesellschaftlichen Dialog verpflichtet

Wenn wir heute im Zentralkomitee der deutschen Katholiken und bei Katholikentagen betonen, daß wir uns als katholische Christen allen Menschen guten Willens in unserer Gesellschaft solidarisch verbunden wissen, daß wir als kritische Zeitgenossen dem gesellschaftlichen Dialog verpflichtet sind und uns bemühen, im Dialog ein christliches Zeugnis unserer Hoffnung zu geben, dann bekennen wir uns zu einem solidarischen, dialogischen und missionarischen Auftrag, der unmittelbar an den Mainzer Katholikentag 1948 und seiner These, daß Deutschland Missionsland sei, anknüpft.

Es ist daher überhaupt nicht verwunderlich, daß im vorbereiteten Programm des Mainzer Katholikentages die inhaltlichen Schwerpunkte des historischen Rückblickes - etwa in der Straßenausstellung in der Mainzer Innenstadt oder

bei den historischen Vorträgen - mit den inhaltlichen Schwerpunkten des Kernprogramms weitestgehend identisch sind. Laute dort die Stichworte Kirche und Gesellschaft, Staat und Politik, Wirtschafts- und Sozialordnung, Bildung und Wissenschaft, Kunst und Kultur, weltweite Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung, so finden wir im Kernprogramm des Katholikentages die Stichworte dialogfähige Kirche, Politik/Staat/Demokratie, Wirtschaft/Gesellschaft/Sozialordnung, Bildung/Erziehung/Wissenschaft, Völkergemeinschaft/Europa/Eine Welt und schließlich Bewahrung der Schöpfung.

Gebt Zeugnis von eurer Hoffnung



Zentralkomitee
der deutschen Katholiken
ZdK

Im Themenkreis **Dialogfähige Kirche** wird unter anderem danach gefragt, warum angesichts der Tatsache, daß Gott lebt, die Kirche so oft sprachlos bleibt, welche christlichen Erfahrungen Christen befähigen, sich vorzuwagen und eine Gesellschaft von morgen zu gestalten und was eigentlich die wirklichen Erwartungen unserer Gesellschaft an die Kirche sind.

Im Themenkreis **Politik/Staat/Demokratie** steht die Frage nach den gemeinsamen Werten, die Bürger in einer pluralistischen, ja multikulturellen Demokratie verbinden und nach den Möglich-

keiten der Mitgestaltung der Demokratie im Mittelpunkt.

Benachteiligung von Familien, Globalisierung der Weltwirtschaft, Umbau der Arbeitsgesellschaft, Bekämpfung der Armut, Neugestaltung des Sozialstaates und Zukunft der Jugend sind Stichworte aus dem Themenkreis **Wirtschaft/Gesellschaft/Sozialordnung**.

Um Forschungsfreiheit und Wertebindung, um den Dialog zwischen Naturwissenschaft und Theologie, um den gesellschaftlichen Auftrag von Schule und Religionsunterricht, aber auch um die Rolle der Medien wird es im Themenkreis **Bildung/Erziehung/Wissenschaft** gehen.

Im Themenkreis **Völkergemeinschaft/Europa/Eine Welt** werden Themen gestellt wie die Chancen der Entwicklungszusammenarbeit im Kontext weltweiter Globalisierung; die Entwicklung eines Weltethos als Brücke zwischen Kulturen und Religionen; die Suche nach einer internationalen Ordnung, die den Frieden sichert und fördert und die Frage, ob Europa für seine zukünftige Entwicklung einer neuen Vision bedarf.

Schöpfungsverantwortung

Im Themenkreis **Bewahrung der Schöpfung** wird gefragt, wie ein Plädoyer für eine ökologisch orientierte Pastoral einen Beitrag dazu leisten kann, daß die Schöpfungsverantwortung kein bloßes Anhängsel bleibt; ob die Nachhaltigkeit als neues Sozialprinzip verstanden werden kann und wie Lebensstile und Produktionsweisen auf den Prüfstand der Nachhaltigkeit gestellt werden können.

Auch die weiteren Programmbereiche des Katholikentages, die das Kernprogramm wie konzentrische Kreise umschließen und die für die Vielfalt und die Farbigkeit eines Katholikentages oft ausschlaggebend sind, greifen die Katholikentagsthematik auf unterschiedliche Weise und methodisch einfallreich auf. Hier sind zu nennen: der christlich-jüdische und christlich-islamische Dialog, die Programme für Ju-

gend, Frauen, Männer, Familie, der Treffpunkt Eine Welt/Weltkirche, die Werkstatt Sozialpolitische Arbeit, der Treffpunkt Medien, der Treffpunkt Ökumene und der Treffpunkt Sekten und neue Heilslehren.

Das Leitwort in den Mittelpunkt rücken

Das Geistliche Zentrum und die Gottesdienste werden, wie das bei Katholikentagen selbstverständlich ist, die geistliche Mitte des Programms bilden. In vielfältiger Weise wird hier in Gebet, Meditation und geistlicher Orientierung das Leitwort des Katholikentages in den Mittelpunkt gerückt und werden existentielle Erfahrungen zwischen Hoffnung und Hoffnungslosigkeit, aber auch die Zeugnisse christlicher Hoffnung ausgetauscht. Dies alles geschieht nicht im Sinne einer frommen Nabelschau, sondern im Sinne einer Befähigung zur Sendung in den Alltag unserer Gesellschaft.

Zur Vollständigkeit eines Katholikentagsprogramms gehören dann schließlich der **kreative Bereich** mit den zahlreichen Bands, Tanzgruppen, Kabarettgruppen, Chören und der Unterhaltung auf Straßen und Plätzen und nicht zuletzt das umfangreiche Kulturprogramm.

Mit der **Kirchenmeile**, auf der sich in Zelten und an Ständen mehr als 240 Gruppen und Initiativen, zum Teil mit ihren Partnern aus der Ökumene präsentieren, wollen wir den Katholikentag auf die Straßen und Plätze, möglichst direkt zu den Bürgerinnen und Bürgern von Mainz bringen. Die Kirchenmeile wird, wie auch schon beim Katholikentag in Dresden, ein lebendiger Spiegel christlichen Engagements in der Gesellschaft.

Wir haben uns für das Katholikentreffen in diesem Jahr die Aufgabe gestellt, die Katholikentage in ihrer Geschichte als Zeugnisse der Hoffnung in wechselvollen Zeiten vorzustellen, den 93. Deutschen Katholikentag Mainz 1998 selbst zu einem Zeugnis der Hoffnung in unserem Land werden zu lassen und die

Grundlagen dafür zu stärken, daß Katholikentage auch in Zukunft **Zeichen der Hoffnung** sein können.

Wir haben uns eine große Aufgabe vorgenommen, die sich in den Tagen der Veranstaltung Mitte Juni nicht von selbst erledigt. Sie bedarf der Vorbereitung, und zwar nicht nur der Gremien, die hierfür geschaffen sind, sondern auch aller, die sich am Katholikentag beteiligen wollen und aller, die im Sinne des Katholikentages davon überzeugt sind, daß unsere Welt auf das Zeugnis unserer Hoffnung wartet. Dies schließt auch eine Besinnung darauf ein, wie der deutsche Katholizismus, wie die soziale Gestalt der Kirche in Deutschland zukünftig ein Zeugnis christlicher Hoffnung in unserer Welt sein kann.

Frage nach den Zeugen, Zellen und Zeichen

In dieser Besinnung müssen wir uns - wie ich meine - einer dreifachen Frage stellen: Wie sehen Zeuginnen und Zeugen aus, die christliche Hoffnung in unserer Gesellschaft ausstrahlen? Welche Zellen müssen diese Zeuginnen und Zeugen bilden, damit Gemeinschaften von Christen in den pluralen Strukturen unserer Gesellschaft präsent sind? Welche Zeichen müssen von uns gesetzt werden, damit christliches Zeugnis im gesellschaftlichen Sog zur Individualisierung und zur Beliebbarkeit sichtbar bleibt?

Wenn es uns gelingt, ausgehend von dieser dreifachen Frage nach den Zeugen, den Zellen und den Zeichen Umrisse einer neuen Gestalt des Katholizismus in Deutschland deutlich werden zu lassen, dann haben wir eine wirkliche Chance, das Erbe der letzten 150 Jahre fortzuführen über das Jahr 2000 hinaus in das neue Jahrhundert. ■

Anm.:

Dr. Friedrich Kronenberg ist
Generalsekretär des
Zentralkomitees der deutschen
Katholiken.

50 Jahre Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland

Dr. Joachim Wanke

Nicht für alle Christen in Deutschland ist die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) ein Begriff - und doch gehört sie zu den wichtigen ökumenischen Gremien der deutschen Kirchen. Am 10. März 1948 kam es in Kassel zur Gründung dieser Einrichtung, die sich nach den bitteren Erfahrungen des Kirchenkampfes in der NS-Zeit das vertrauensvolle Zusammenwirken der Kirchen im Nachkriegsdeutschland als Ziel gesetzt hat. Darum wird auch am 10. und 11. März 1998 in Kassel/Hofgeismar dieses Gründungsdatums gedacht werden.

In anderen Ländern heißen vergleichbare Gremien „Ökumenische Kirchen- bzw. Christenräte“. In Deutschland vermied man bewußt die Bezeichnung „Rat“, um jeden Anschein kirchenleitender Befugnisse zu vermeiden. Die ACK kann und will keine „Überkirche“ sein, aber doch ein Arbeitsinstrument der Kirchen, das der Einheit „im gemeinsamen Zeugnis, Dienst und Gebet“ dient (Satzung der ACK, § 2.1).

Mitglieder und Gäste

Zu den Gründungsmitgliedern der ACK gehörten die EKD, einige Freikirchen und die Altkatholiken. 1974 schlossen sich die Römisch-Katholische Kirche und die Griechisch-Orthodoxe Kirche der ACK an, später noch weitere Kirchen und Gemeinschaften. Durch die Trennung Deutschlands in zwei Staaten gab es leider auch eine getrennte Entwicklung der ACK-Arbeit in Ost und West, die 1990 freilich wieder zu einer organisatorischen Einheit zusammenfand.

Derzeit gehören 14 Kirchen und kirchliche Gemeinschaften der ACK in Deutschland an, neben den genannten Kirchen unter anderem noch die syrisch-



Wie soll eine zeitgemäße Verkündigung des Glaubens aussehen?

orthodoxe Kirche von Antiochien, die Russisch-Orthodoxe Kirche, die Armenisch-Apostolische Kirche. 4 christliche Gemeinschaften sind Gastmitglieder und 3 weitere sind Beobachter. Man kann sagen, daß in der Mitgliederversammlung der ACK, die 2-3 mal im Jahr tagt, alle wichtigen christlichen Kirchen und Gemeinschaften Deutschlands gemeinsam an einem Tisch sitzen.

Von Anfang an legte die ACK ihr besonderes Gewicht auf die Tätigkeit der (derzeit 15) regionalen Arbeitsgemeinschaften Christlicher Kirchen in Deutschland, die zum Teil in Großstädten sich nochmals je eigene Unterstrukturen geschaffen haben. Die Bundes-ACK hat verschiedene Organe: die Mitgliederversammlung, eine Geschäftsstelle in Frankfurt a.M., die sog. „Ökumenische Centrale“ mit 4 Referenten, der Deutsche Ökumenische Studienauschuß (DÖSTA), eine Art theologischer Fachkommission der ACK. Die Bundes-ACK unterstützt begleitend und vernetzend die vielfältigen ökumenischen Aktivitäten vor Ort und in den Regionen und empfängt umgekehrt von dorthier Anstöße für die eigene Arbeit.

Theologische „Leitplanken“

Die Satzung der ACK sagt zum Selbstverständnis und zu den Aufgaben dieses Gremiums ganz lapidar: „(Die Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften) bekennen den Herrn Jesus Christus gemäß der Heiligen Schrift als Gott und Heiland und trachten darum, gemeinsam zu erfüllen, wozu sie berufen sind, zur Ehre Gottes, des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes“ (§ 1). Diese Aussage ist der Grundlagenformel des Weltrates der Kirchen nachempfunden. Sie hält als Mindestkonsens für die Zusammenarbeit in der ACK den Glauben an den dreifaltigen Gott, das Christusbekenntnis und den Schriftbezug fest.

Woche der Brüderlichkeit

Die diesjährige bundesweite „Woche der Brüderlichkeit“ beginnt am Sonntag, 8. März. Sie findet seit 1951 jährlich statt und weist auf die Zielsetzung und das Jahresthema der deutschen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit hin. Seit 1968 wird zum Auftakt die „Buber-Rosenzweig-Medaille“ verliehen, die an die jüdischen Philosophen Martin Buber (1878-1965) und Franz Rosenzweig (1886-1929) erinnert.

Ausgezeichnet werden Personen, Institutionen oder Initiativen, die sich in besonderer Weise um eine Verständigung zwischen Christen und Juden verdient gemacht haben. In diesem Jahr wird **Lea Rabin**, Witwe des ermordeten israelischen Ministerpräsidenten, ausgezeichnet.



Angesichts wachsender diffuser Religiosität in unserer Gesellschaft sind solche theologischen „Leitplanken“ wichtig, um nicht das Profil der ACK verschwimmen zu lassen. Es ist zu hoffen, daß sich angesichts gewachsenen Konsenses und Vertrauens zwischen den Kirchen diese theologische Basisformel demnächst noch präzisieren läßt.

Die konkrete Arbeit der ACK kann unter die Stichworte gefaßt werden: Gegenseitige **Information, Beratung und Zusammenarbeit**. Man muß bedenken, daß es neben der ACK noch viele andere Ebenen des bilateralen bzw. multila-

den hatte. In den neuen Bundesländern ist daraus das „Bibelmobil“ erwachsen, eine interessante PR-Aktion für kirchen- und bibelferne Zeitgenossen, die ja zwischen Oder und Werra gehäuft anzutreffen sind.

Gewichtig war der **Anstoß der ACK zur Ökumenischen Versammlung 1996** in Erfurt. Diese hat den sog. „Konziliaren Prozeß“ (Kirchen im Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Schöpfungsbewahrung) unter dem Stichwort „Versöhnung“ im veränderten gesellschaftlichen Kontext der Nachwendezeit im geeinten Deutschland aufgegriffen. Lei-

Motto: „Lade Deinen Nachbarn ein“ vorbereitet, die Brücken der Menschlichkeit zwischen Deutschen und Ausländern vor Ort schaffen bzw. verstärken soll.

Gesprächsprozesse anregen

Quelle und Ausgangspunkt der Gemeinsamkeit unter Christen ist und bleibt das gemeinsame Gottes- und Christusbekenntnis. Die ACK ist kein Gremium für theologische Konsensgespräche, aber doch eine Arbeitsplattform für mancherlei Aussagen, die den gemeinsamen Glauben betreffen. Aus der Fülle kirchlicher Denkschriften ragt beispielsweise die Stellungnahme „Gott ist ein Freund des Lebens“ (1989) heraus. In einer Gesellschaft, in der Kinder höchststrichlerlich als „Schadensfall“ angesehen werden können, braucht es ein klares Signal aller Kirchen und Christen zur unveräußerlichen Würde des menschlichen Lebens.

Abgeschlossen wurde 1996 eine interessante Studie der DÖSTA mit dem Titel. „Wir glauben - wir bekennen - wir erwarten“, in der das allen Kirchen gemeinsame Glaubensbekenntnis von Nizäa und Konstantinopel aus dem Jahr 381 erschlossen wird.

Gegenwärtig wird durch die ACK ein Gesprächsprozeß in den Kirchen eingeleitet, der der Frage gilt: Können sich die christlichen Kirchen in Deutschland auf ein **gemeinsames Verständnis von Mission und Evangelisation** einigen? Damit ist ein heißes Eisen angepackt, trennt doch die Frage, wie eine zeitgemäße Verkündigung des Glaubens an kirchenferne Zeitgenossen aussehen muß, oft nicht nur die Kirchen untereinander, sondern manchmal auch in sich selbst. Doch dürfen wir diesem und vergleichbaren „heißen Eisen“ nicht ausweichen. Christ-sein und Kirche-sein geht in unserer Zeit nur im Miteinander aller an Jesus Christus Glaubenden - und dazu will die ACK auch künftig ihren Beitrag leisten. ■

Anm.:

Dr. Joachim Wanke ist Bischof von Erfurt und Vorsitzender der ACK in Deutschland.

Weltgebetstag der Frauen

Aus **Madagaskar** kommt die Liturgie, nach der am 6. März rund 1,5 Millionen Christinnen und Christen allein in Deutschland den Weltgebetstag feiern werden. Der Inselstaat ist zur Zeit das zehntärmste Land der Welt. Mit dem madagassischen Wort Fihavanana fragen sie: Wer sind meine Nächsten? Fihavanana, das ist: das Band, das uns verbindet. Es umschreibt in Madagaskar zunächst, daß die Menschen innerhalb ihrer Großfamilie – von den Ahnen über die gegenwärtig miteinander Lebenden – bis hin zu den fernen Nachkommen ganz eng zusammengehören.

Knapp die Hälfte der 14 Millionen Einwohner der Insel ist christlich. Sie versuchen, Fihavanana zu erweitern: „So sind wir, die vielen, ein Leib in Christus, als einzelne aber sind wir die Glieder, die zueinander gehören“ (Römer 12,5). Mit dem Weltgebetstag erweitert sich Fihavanana über Länder und über Meere zu den fernen „Nächsten“, die uns im Beten und Handeln nahe sind.

Freundschaft ist kostbarer als Geld.

Lieber Geld verlieren als Freunde.

Weisheit aus Madagaskar

teralen Dialoges zwischen den Kirchen gibt. Die ACK versucht sich für jene kirchliche Lebensäußerungen einzusetzen, die wirklich in der Breite aller christlicher Konfessionen gemeinsam getragen werden können. Dazu gehören ständige Aktivitäten wie die Förderung und **Anregung ökumenischer Gebetsinitiativen**, beispielsweise die Gebetswoche um die Einheit im Glauben vom 18.-25. Januar bzw. in der Woche vor Pfingsten, der Weltgebetstag der Frauen, die Friedensdekade, der Bibelsonntag u.a. mehr.

Doch ist die ACK auch „Dach“ für mancherlei besondere Aktivitäten. Ich nenne als Beispiel das „**Jahr mit der Bibel**“ 1992, das ein erfreuliches Echo gefun-

der nicht alle, aber doch viele Christen in allen Kirchen treibt gemeinsam die Sorge um, daß wir unseren gemeinsamen Glauben in gesellschaftspolitische „Watte“ einpacken und ihn nicht für Friedens- und Gerechtigkeitsvisionen fruchtbar werden lassen.

Ganz aktuell hat sich die ACK trotz ihrer beschränkten Möglichkeiten des Anliegens angenommen, die latente, manchmal auch offene Ausländerfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft gegen Fremde in den Blick zu rücken. Ein Spendenfonds („Fonds Fremde werden Freunde“) gibt die Möglichkeit, auf vorbildliche Initiativen in diesem Aufgabenfeld hinzuweisen und diese zu unterstützen. Derzeit wird eine Initiative unter dem

Betr.: EV 10/97
Artikel von Ehrhart Neubert:
Entkirchlichung und
Verkirchlichung

In der letzten Zeit lese ich Ihre Zeitschrift lieber als früher. Diesmal hat mir der Artikel von Ehrhart Neubert besonders gut gefallen. Mit einer Freimütigkeit und Klarheit schrieb er über das Verhältnis der Evangelischen Kirche in der DDR, wie ich das vorher so nie gelesen habe. Bitte lassen Sie ihn öfter zu Wort kommen! ■

Karl Tramer, Dekan i.R.
Dahlienweg 14
72116 Mössingen

Betr.: EV 12/97/1/98
Artikel von Bundesminister
Jochen Borchert:
„Menschenrechtsidee in der
Krise?“

... Zu den „Essentials“, die bzgl. der Menschenrechte nicht verhandelbar sein sollen, gehören die Meinungs- und Religionsfreiheit. Zu den fundamentalen Glaubenssätzen des Christentums zählen drei Aussagen der Bibel: „Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater denn durch mich“ (Joh. 14,6); „Und ist in keinem anderen Heil, auch ist kein anderer Name unter dem Himmel den Menschen gegeben, durch den sie sollen selig werden“ (Apg. 4,12) und „Darum gehet hin und machet zu Jüngern alle Völker“ (Matth. 28,19). Wenn Sie und ich heute, so wie es uns der Herr unseres Glaubens aufträgt, diese Grundaussagen nennen, werden wir als Fundamentalisten verschrien, als üble Menschen, von denen eigentlich nur Böses ausgehen kann. Diese Aussagen gehen doch offenbar von denjenigen aus, die nach einem „kulturübergreifenden ethischen Minimum“ suchen. Sehen Sie auch wie ich die christliche, bibelgemäße,

Religionsausübung als Menschenrecht durch diese Beschimpfung in der Bundesrepublik Deutschland erheblich verletzt? Ein klares Wort von Ihnen vermißte ich.

Der Evangelische Arbeitskreis wurde vor Jahren einmal hier bei uns in Siegen gegründet und verstand sich lange Zeit als das „ethische Gewissen“ der CDU. Deshalb vermisste ich in Ihrem Beitrag einen Bezug zu der wesentlichen Menschenrechtsverletzung in Europa, dem christlichen Abendland. Menschenrechte sind nur soviel wert, wie sie für die Schwächsten bedeuten können. Die Menschen vor der Geburt sind diese Schwächsten. Jährlich werden bei uns in Deutschland ca. 300.000 umgebracht, meist auf Kosten der Allgemeinheit. ... ■

Hans Gerhard Noll
Am Mühlenseifen 23
57076 Siegen

Betr.: EV 12/97/1/98
Als Reaktion auf den Artikel
von Bundesminister Jochen
Borchert: „Menschenrechts-
idee in der Krise?“ erhielten
wir eine Stellungnahme des
FoodFirst Informations- und
Aktions-Netzwerkes (FIAN).

FIAN ist eine internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht, sich zu ernähren. Sie wurde 1986 gegründet und setzt sich für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte ein, wie sie in dem entsprechenden „Sozialpakt“ der vereinten Nationen verankert sind.

FIAN unterstützt insbesondere Kleinbauernfamilien und LandarbeiterInnen bei Landkonflikten und vor Vertreibung mit Briefaktionen, Kampagnen und durch Lobbygespräche. Gleichmaßen engagiert sich FIAN für menschenwürdige

Arbeitsbedingungen und Organisationsfreiheit von Landarbeiterinnen und Landarbeitern. Mit der Formulierung „Recht, sich zu ernähren“ betont FIAN den Wunsch der Menschen, selbst für sich zu sorgen und ein Leben in Würde zu führen.

Mitglieder und Förderer hat FIAN bereits in 40 Ländern und auf allen fünf Kontinenten. Ansprechpartnerin der Deutschen Sektion ist Sieglinde Weinbrenner.

„In der jahrhundertelangen Geschichte der Menschenrechte hat sich ihr Verständnis kontinuierlich fortentwickelt. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die 1998 ihr 50jähriges Jubiläum feiert, enthält u.a. das Menschenrecht auf Leben und grundlegende Freiheitsrechte. Auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte werden formuliert: das Recht auf Nahrung, auf soziale Sicherheit, das Recht auf Bildung, Gesundheit und Arbeit.“

Unter dem Eindruck des zweiten Weltkrieg stehend, ist die Menschenrechtserklärung der Versuch, politische und soziale Menschenrechte gleichrangig zu garantieren in der Hoffnung, daß Menschen, - „frei von Not und frei von Angst“ - in Würde und Freiheit leben, sich nicht wieder faschistischen Bewegungen anschließen. Auch die UN-Charta selbst, 1945 in San Francisco beschlossen, traf keine Festlegung über bestimmte Menschenrechte. Sie unterstrich in Artikel 55 und 56 den engen Zusammenhang zwischen politischen und sozialen Menschenrechten: „Um jenen Zustand der Stabilität und Wohlfahrt herbeizuführen, der erforderlich ist, damit zwischen den Nationen friedliche und freundliche (...) Beziehungen herrschen, fördern die Vereinten Nationen a) die Verbesserung des Lebensstandards, die

Vollbeschäftigung und die Voraussetzungen für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und Aufstieg; (...)“.

Gerade vor dem Hintergrund der heutigen Debatte über die Justitiabilität sozialer Menschenrechte, wie sie derzeit v.a. in Industrieländern geführt wird und auch in Ihrem Beitrag ihren Ausdruck findet, wenn Sie soziale Menschenrechte nicht als „konkret und einklagbar“ bezeichnen, ist es besonders wichtig zu betonen, daß in der UN-Charta die Frage der Menschenrechte bewußt nicht mit einem Justiz- und Zwangsapparat verbunden wurde. Es überwiegt vielmehr ein Kooperation fördernder, helfender Ansatz.

Von der UN-Generalversammlung wurde 1966 der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt) sowie der internationale Pakt über politische und bürgerliche Rechte (Zivilpakt) verabschiedet, die auch heute noch den Kern des internationalen, völkerrechtlich bindenden Menschenrechtsschutzes ausmachen. Beide traten 1976 in Kraft. Die Staaten gehen mit der Ratifizierung der Völkerrechtspakte Verpflichtungen ein. Es ist die Pflicht der Staaten, die in den Pakten anerkannten Rechte zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Dies gilt für alle Menschenrechte.

Diesen Konsens über die Allgemeingültigkeit aller Menschenrechte gilt es zu wahren, insbesondere im Hinblick auf das Jubiläumsjahr der Allgemeinen Menschenrechtserklärung und der Überprüfung der Ergebnisse fünf Jahre nach der Weltmensenrechtskonferenz von Wien.“ ■

FIAN
Sieglinde Weinbrenner
Overwegstr. 31
44625 Herne

Günter Rinsche und Ingo Friedrich (Hrsg.): Europa als Auftrag. Die Politik deutscher Christdemokraten im Europäischen Parlament 1957 - 1997. Von den Römischen Verträgen zur Politischen Union. Böhlau Verlag, Köln 1997, 472 Seiten, ISBN 3-412-00897-4.

Am 25. März 1957 unterzeichneten Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und andere europäische Staatsmänner auf dem Hügel des Capitols die „Römischen Verträge“ und legten damit das institutionelle Fundament der europäischen Einigung. Das Datum 25. März 1957 markiert den historischen Ausgangspunkt einer immer engeren Zusammenarbeit der Staaten Westeuropas bis hin zur Europäischen Union von heute.

Die Publikation „Europa als Auftrag“ beweist – in Berichten von Zeitzeugen, Beiträgen zu Einzelthemen, Redetexten und einem umfang-

reichen Anhang –, in welcher vielfältiger Weise deutsche Europapolitiker, insbesondere auch die Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, an der Einigung Europas in den vergangenen 40 Jahren mitgewirkt und das europäische Friedenswerk aufgebaut haben. ■

Andreas Rössler: Kleine Kirchenkunde. Ein Wegweiser durch die christlichen Konfessionen und Sondergemeinschaften. Calwer Verlag, Stuttgart 1997, 182 Seiten, ISBN 3-7668-3496-7.

Evangelisch, katholisch, freikirchlich: Es gibt viele Kirchen in Deutschland, die sich „christlich“ nennen. Wie kommt es, daß es nicht nur eine christliche Kirche gibt? Worin unterscheiden sich die einzelnen Kirchen? Was unterscheidet eine Kirche von einer „Sekte“?

Andreas Rösslers „Kleine Kirchenkunde“ gibt auf solche

„Identität und Verständigung“ -

Die Bedeutung der ev. Kirche für das Werteverständnis in der pluralistischen Demokratie

Fachtagung für Lehrer und Theologen (Nr. 42) vom 8. (15.15 Uhr) - 10. (13.00 Uhr) Februar 1998
Bildungszentrum Schloß Eichholz, Wesseling (bei Bonn)

mit: OKR Hermann Kalinna, OKR Wilhelm Schlemmer, Prof. Dr. Günther van Norden, Ministerin Christine Lieberknecht, Dr. Christfried Röger

Infos und Anmeldung unter:
022 36/7 07-2 38 (Dr. Hans Erler)

Der Protestantismus als lebens- und gesellschaftsprägende Kraft in Europa

Europäisches Treffen von Vertreter/innen aus Politik, Wirtschaft und Kirche
im Palais Universitaire, Straßburg
Freitag, 13. (16 Uhr) - Sonntag, 15. (13 Uhr) März 1998

mit: Bischof Dr. Hartmut Löwe, Bonn, Bischof Prof. G. Bölcskei, Budapest, Ministerin Catherine Trautmann, Paris (angefragt), und Prof. Paolo Ricca, Rom

Infos und Anmeldung:
Leuenberger Kirchengemeinschaft,
Dr. Ralf Hoburg (0 30/3 1001-3 17 oder:
0 30/3 1001-4 21, fax: 0 30/3 1001-2 00)

Fragen Auskunft: kurz, sachlich und informativ stellt sie die wichtigen christlichen Kirchen, Strömungen und Sekten vor.

Ein unverzichtbares Buch für alle, die sich über die bunte Vielfalt der Kirchen und religiösen Gemeinschaften informieren wollen. ■

beit jener Zeit werden grundsätzliche, zeitunabhängige Strukturen der parlamentarischen Demokratie ebenso nachvollziehbar wie ein Stück südwestdeutsche Geschichte zwischen Jahrhundertwende und Erstem Weltkrieg lebendig. ■

Konrad Exner-Seemann: Parlamentsarbeit im Zeitalter der konstitutionellen Monarchie: Rupert Rohrust – Ehrenbürger der Stadt Heidelberg und Präsident der badischen Abgeordnetenversammlung, Verlag Regionalkultur, Ubstadt-Weiher, 1996, 94 Seiten, ISBN 3-929366-37-1.

Mit seiner Laufbahn steht Rohrust exemplarisch für das Ende einer Ära, in der Baden eine Vorreiterrolle für die Demokratisierung in ganz Deutschland einnahm. Anhand der Schilderung der alltäglichen Parlamentsar-

Günter Pilgrim: Die Ameisenstraße – oder 40 Jahre Pastor in der DDR. Stock & Stein Verlag, Schwerin 1997, 348 Seiten, ISBN 3-910179-68-1.

Ein Pastor erzählt sein Leben – damit steht Günter Pilgrim in guter Tradition. Dieses Leben hat vom Vikariat in Penzlin bis zum Ruhestand in der DDR stattgefunden. 40 Jahre Pastor in der DDR – der Autor will sein Buch ausdrücklich als einen „Gesprächsbeitrag“ verstanden wissen. Wie existierte Kirche in jenem anderen deutschen Staat, der mit Hoffnungen begann und im Chaos des eigenen Scheiterns kläglich versank? ■

■ „Kirchenasyl – zwischen Rechtsstaat und Nächstenliebe“

Berlin. Anlässlich des 4. Theologischen Gesprächs des EAK Berlin-Brandenburg zum Thema „Kirchenasyl“ kam es im Berliner Rathaus zu einer zweistündigen intensiven Debatte zwischen dem Berliner Innensenator **Jörg Schönbohm** und dem Neuköllner Superintendenten **Wolfgang Gerbelt**. Moderiert wurde das Gespräch von **Dr. Wolfgang Stock**, verantwortlicher Redakteur der Berliner Zeitung.

Die vom kirchlichen Ansatz, daß Christen auf der Seite der Schwachen stehen müssen, geprägte Meinung des Superintendenten stand der von Staatsräson geleite-

ten Erkenntnis des Innensensors gegenüber. Und so vertrat Wolfgang Gerbelt als Vertreter der Evangelischen Kirche in Berlin und Brandenburg, den Standpunkt, daß die christliche Nächstenliebe keine Rücksicht auf staatliches Handeln nehmen könne. Um dieser Liebe willen sei Zivilcourage und Konfliktfähigkeit gefragt. In besonderen Grenzfällen, wie z.B. in der Frage des „Kirchenasyls“, sei das nötig. Jörg Schönbohm stellt dagegen, daß ein Rechtsstaat unmöglich rechtsfreie Räume dulden dürfe und könne. „Kirchenasyl“ als Rechtstitel und als Privileg der Kirchen gibt es nicht und kann es nicht geben.

Dem konnte Gerbelt zustimmen: Christen müssen Gott mehr gehorchen als den

Menschen, und Christen müssen sich um Jesu willen auf die Seite der Schwachen stellen. Seiner Meinung nach dürfen Christen aber daraus kein Rechtsprivileg ableiten: Wenn Christen oder sogar Kirchengemeinden die Abschiebung von in Rechtsverfahren abgelehnten Asylbewerbern behindern, müssen sie auch die Folgen dieses Handelns auf sich nehmen. Schönbohm verdeutlichte zusätzlich, daß die geforderte Zivilcourage nur dann Zivilcourage sei, wenn sie das anerkenne.

Einigkeit herrschte darin, daß unser Rechtsstaat gegen Aushöhlung und Sinnzerstörung verteidigt werden müsse, nicht zuletzt auch um aller derer willen, die bei uns in Deutschland Asyl suchten.

Tagung für den EAK-Bundesarbeitskreis
„An der Schwelle zum

21. Jahrhundert – Zukunftswerkstatt“

Heimvolkshochschule Mariaspring
37120 Bovenden (bei Göttingen)

Freitag, 27.2.1998:

16-18 Uhr EAK-Bundesvorstand
19-21 Uhr „Die evangelische Kirche auf dem Weg ins 21. Jahrhundert“
Prof. Dr. Axel von Campenhausen
Kirchenrechtliches Institut der EKD

Samstag, 28.2.1998:

9-11 Uhr Bundesarbeitskreissitzung:
AK 1: Erziehen wozu – Versagen Kirche und Staat in der Wertekrise?
AK 2: Asyl gewähren – Kann Gewissensfreiheit grenzenlos sein?
AK 3: Christsein im 21. Jh. – Wie können wir das Verhältnis von Kirche und Staat mitgestalten?
11-12.30 Uhr „Brücken bauen in das 21. Jahrhundert“
Peter Hintze, MdB
12.30-13 Uhr Fortsetzung der Beratung

Infos und Anmeldung unter: 02 28/5 44-302

■ Neuwahlen bei Augsburg-Land

Augsburg. Als Vorsitzender wiedergewählt wurde **Dr. Herbert Günther** (Neusäß). Stellvertreter wurden **Ingrid Paul** und **Gottfried Holzberger**.

■ „Luther und Melanchthon“

Herborn. „Luther und Melanchthon“ waren das Thema des Vortrages der Thüringer Ministerin für Bundesangelegenheiten in der Staatskanzlei, **Christine Lieberknecht**. Eingeladen hatte sie der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU an Lahn und Dill, **Dr. Hans-Georg Gerhardt**. Die Politikerin und Theologin setzte die beiden Reformatoren nicht nur in Bezug zu ihrem eigenen politischen Handeln, sondern

Der EAK-Gelsenkirchen lädt ein:

„Christen und Muslime sind Nachbarn“
mit Bürgermeister Johannes Delmeré

4. Februar 1998, 19.30 Uhr
Gaststätte Scharzes Schaf,
Hansemannstr.,
Gelsenkirchen

An die Vorstandsmitglieder im EAK!

Viele von Ihnen haben wahrscheinlich unsere Nachricht in einer der letzten Ausgaben gelesen, daß der EAK ab sofort im Internet unter: <http://www.cdu.de/eak/> vertreten ist. Einige von Ihnen haben sich die Seiten vielleicht sogar schon im Computer angesehen.

Unser Angebot umfaßt folgende „links“: Wir über uns, Bundesvorstand, Landesverbände, Termine, Aktuelles, Infos, e-mail.

Einzelne EAK-Landes- und Kreisverbände sind ebenfalls schon mit eigenem Angebot im Netz vertreten. Aber noch viel zu wenige!

Vielleicht haben Sie auch Interesse. Wenden Sie sich doch an Ihre CDU-Geschäftsstelle, die Ihnen sagen kann, ob die Vereinigungen für das Internetangebot vorgesehen sind.

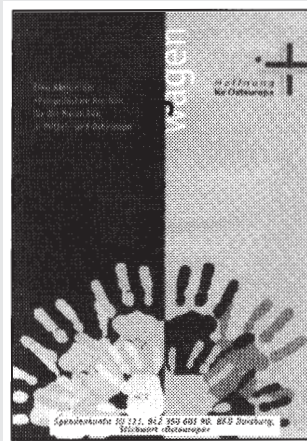
Falls Sie Unterstützung benötigen für Gestaltung der Texte oder Logos, fragen Sie gerne jederzeit bei uns nach.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5 44-3 05/6 · Fax 5 44-5 86 · Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Abonnement-Preis jährlich 20,- DM · Konto: EAK, Postgiroamt Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100% chlorfrei Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!

5. Aktion „Hoffnung für Osteuropa“

Neue Wege wagen

Seit 1989 hat ein nahezu ungläublicher Wandel in ganz Europa eingesetzt: der Eisene Vorhang, der den Kontinent gewaltsam teilte, verschwand beinahe über Nacht. Doch, wo viel Licht ist, fällt auch Schatten: soziale Strukturen, die eben noch trugen, brachen plötzlich weg. Es folgten Arbeitslosigkeit, soziales Elend, Kriminalität. Leidtragende solcher Entwicklungen sind häufig die, die sich noch nicht oder nicht mehr selbst helfen können und die keine Fürsprecher haben, also Kinder, Alte, Kranke, Behinderte. Der Auftrag zur Nächstenliebe fordert nun gerade Christen heraus, sich zu deren Anwälten zu machen. Deshalb wurde 1994 die Aktion „Hoffnung für Osteuro-



pa“ ins Leben gerufen. Ein Netzwerk der Hilfe will diese Aktion sein. In ihr wirken die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), das Diakonische Werk der EKD, die Freikirchen, das Gustav-Adolf-Werk und der Martin-Luther-Bund zusammen, um mit zusätzlichen Spenden beim Aufbau diakonischer Strukturen und christlicher Gemeinden zu helfen.

„Hoffnung für Osteuropa“ fördert unter anderem Einrichtungen für Straßenkinder in Bukarest und Petersburg, Kinder- und Jugendbegegnungsstätten in Bosnien, Estland und Rumänien aber auch Sozialstationen, Gemeindezentren und Kindergärten in anderen Staaten Osteuropas. Wichtig ist immer, daß Hilfe zur Selbsthilfe geleistet wird und die Projekte eines Tages auch ohne Unterstützung von „außen“ weiterlaufen.

Am 1. März 1998 wird die 5. Aktion „Hoffnung für Osteuropa“ unter dem Motto „Neue Wege wagen“ in Erfurt feierlich eröffnet. *Helmut Pestner*

Kontonummer 10 111 bei der Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg, Bankleitzahl 350 601 90, Stichwort „Osteuropa“.

Unsere Autoren:

Landesbischof
D Horst Hirschler
Haarstr. 6
30169 Hannover

Ministerin
Christine Lieberknecht
Simrockstr. 13
53113 Bonn

Dr. Friedbert Pflüger, MdB
Bundeshaus
53113 Bonn

Dr. Friedrich Kronenberg
Hochkreuzallee 246
53175 Bonn

Bischof
Dr. Joachim Wanke
Hermannsplatz 9
99084 Erfurt